VORSICHT ES MACHT SIE ZUM MITWISSER INFOBLATT

Nachrichten, Berichte und Informationen aus unserem Woltersdorf

UNSER WOLTERSDORF
INFORMATIONSBLATT

Ausgabe 03/13
Mai/Juni/Juli 2013

2. Jahrgang

www.unser-woltersdorf.de

Die Woltersdorfer Straßenbahn wurde 100! Herzlichen Glückwunsch!

Liebe Woltersdorferinnen und Woltersdorfer,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

seit dem 17. Mai 2013 ist unsere **Straßenbahn 100 Jahre** alt! Das wurde groß gefeiert und Sie waren hoffentlich mit dabei. Weitsichtige Gemeindevertreter und Investoren haben schon damals den Stellenwert des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) für die Entwicklung unseres Ortes erkannt und nachhaltig investiert. Seitdem tut unsere Bahn zuverlässig ihren Dienst und ist aus dem Ortsbild nicht mehr weg zu denken. Allerdings fährt das Unternehmen durch den zunehmenden Individualverkehr inzwischen seit Jahren hohe Verluste ein und kann nur durch Subventionen des Kreises und der Gemeinde überleben. Darum wünsche ich der Straßenbahn hier alles Gute und wieder wachsende Fahrgastzahlen.

Mancher wundert sich vielleicht darüber, dass der Leitartikel, und damit auch der Bericht des Bürgermeisters für die Bürgerinnen und Bürger, immer noch im Informationsblatt und nicht wieder im kommunalen Mitteilungsblatt erscheint. Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2013 folgende Richtlinie mit 3:2 Stimmen beschlossen, dass das „ …Woltersdorfer Mitteilungsblatt… frei von jeglichen Kommentaren und subjektiven Wertungen.“ sein soll. Mein Antrag, dem Bürgermeister die Möglichkeit eines Kommentars einzuräumen, wurde mit ebenfalls 3:2 Stimmen abgelehnt. Das Verbot, die Sichtweise des Bürgermeisters zur aktuellen Gemeindepolitik im Mitteilungsblatt zu drukken, kann und will ich nicht akzeptieren. Daher werde ich weiterhin das Infoblatt der Initiative UNSER WOLTERSDORF nutzen, um Sie auch über die Hintergründe aktueller Themen im Ort informieren zu können. Von anderer Seite wurde das Recht zur Meinungsäußerung in den letzten Wochen dagegen intensiv genutzt. Vor allem im Zusammenhang mit der Christlichen Kindertagesstätte, dem anliegerfinanzierten Ausbau der Körnerstraße und dem Kauf eines Grundstückes in dieser Straße durch meine Frau.

Ausgangspunkt für den Konflikt mit der **Christlichen Kindertagesstätte** war eine überraschende Geldforderung an die Gemeinde in nicht unbedeutender Höhe, die von der Verwaltung nicht nachvollzogen werden konnte. Trotz des Fehlens von prüffähigen Unterlagen wurde schließlich der geforderte Betrag überwiesen, um die Arbeit der bewährten Einrichtung nicht zu gefährden. Denn keiner zweifelt an der Qualität und dem Wert, den diese Kita für unseren Ort hat. Wir müssen aber zumindest so gut zusammen arbeiten, dass die Verwaltung nicht eingeplante Nachforderungen verstehen und nachvollziehen kann. Das sollte nicht durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, von wem auch immer initiiert, ersetzt werden.

Im Zusammenhang mit dem **Straßenneubau der Körnerstraße** und dem Kauf eines Grundstücks dort durch meine Frau wird mir durch Teile der Gemeindevertretung ein Verstoß gegen das Gebot der Befangenheit und des Mitwirkungsverbots vorgeworfen. Dabei fiel auch mehrmals der Vorwurf der Vorteilsnahme. Diese Vorwürfe weise ich entschieden zurück! Hier die Fakten:

Das gemeindeeigene Grundstück stand durch Beschluss der GV seit November 2011 zum Verkauf. Es sollte zum vollen Preis verkauft werden, obwohl es zum großen Teil verpachtet ist. Der ungenutzte Grundstücksteil ist nicht frei zugänglich. Zusätzlich zum Kaufpreis stehen noch Kosten für den Straßenausbau an. Im Herbst 2012 haben wir uns entschieden, das Grundstück zu diesen Bedingungen zu kaufen, ohne weitere sonst übliche Verhandlungen zur Kaufpreisreduzierung. Der Kaufvertrag wurde am 14.11.2012 durch meine Frau unterschrieben. Das Grundstück ist am 25.02.2013 durch Kaufpreisentrichtung in ihren Besitz übergegan-

weiter auf Seite 2

weiter von Seite 1

gen. Der Verkauf erfolgte in allen Punkten nach der bisher in der Gemeinde üblichen Praxis.
Am 6. Dezember 2012 wurde der GV-Versammlung ein Antrag einer Initiative der Anwohner in der Körnerstraße vorgelegt, welcher vorsieht, dort eine Straße in Eigenregie bauen zu lassen. Dies würde nach Berechnungen der Anwohnervertreter die Kosten sowohl für die Gemeinde als auch für die Anwohner senken. In dieser einstimmigen Abstimmung habe auch ich zugestimmt, da der Ausbau in Anwohnerinitiative für beide Seiten, nämlich der Gemeinde und der Anwohner, vorteilhaft ist. Der Vorwurf der persönlichen Vorteilsnahme oder auch nur des Versuches derselben ist daher unberechtigt und lediglich ein Versuch, mich in der Öffentlichkeit bloßzustellen und zu beschädigen. Vielleicht hätte ich mich bei dieser Abstimmung enthalten sollen, was aber am Abstimmungsergebnis nichts geändert hätte. Ich begrüße ausdrücklich den Antrag an die Kommunalaufsicht, zu prüfen, ob ich eine Pflichtverletzung begangen habe. Ich sehe aber ein, dass ich als Bürgermeister frühzeitig über die Kaufabsicht hätte informieren sollen. Wenn ich geahnt hätte, welche Verunsicherung es für Teile der Gemeindevertretung und das Straßenausbauprojekt Körnerstraße mit sich bringen würde, hätten wir dieses Grundstück nie gekauft.

Der erste große gemeinsame **Frühjahrsputz** der Vereine, Bürgerinnen und Bürger musste wegen des anhaltenden Winterwetters vom 23. März auf den 13. April verschoben werden und war ein großer Erfolg.
Beteiligt haben sich die Volkssolidarität, DIE LINKE, die Grünen, „UNSER WOLTERSDORF“, der Sportverein SVW, der NABU, die Bürgerinitiative Woltersdorf gegen Fluglärm und Umweltverschmutzung, der Mittelstandsverein, das „Kulturhaus Alte Schule“, die GWG und einzelne Bürgerinnen und Bürger. Im Vorfeld hatten der Sportverein und der Motorsportclub bereits größere „Entmüllungsaktionen“ durchgeführt. Am 27.4. hat das Woltersdorfer Bürgerforum das Strandbad am Kalksee auf die neue Saison vorbereitet. Ihnen allen herzlichen Dank.
Die Bürgerversammlung zu **Straßenreinigungsatzung und -gebühren** am 26. März war mit etwa 100 Teilnehmern gut besucht. Notwendig wird eine Neuregelung durch ein Gerichtsurteil, das die Übertragung der Reinigungspflichten von der Gemeinde auf die Bürgerinnen und Bürger an Hauptverkehrsstraßen untersagt.
Die Gemeindevertretung muss jetzt dazu entscheiden.

Große Empörung löste Anfang März die **„Baumernte“** eines Waldgebietes am Stolper Weg bei den Anwohnern aus. Zum Schrecken der Anwohner wurde dort innerhalb weniger Tage ein Kahlschlag vollzogen und damit durch den Eigentümer irreversible Tatsachen geschaffen. Rechtlich waren der Verwaltung aber leider die Hände gebunden, um dort einzugreifen. Das Areal ist noch als Waldgebiet definiert und fällt daher in die Zuständigkeit der Forstbehörde. Ich werde über die weitere Entwicklung berichten und im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung wird es auch eine Bürgerversammlung geben.
Auf dem Gelände der Sport- und Freizeitanlagen in den Fuchsbergen tut sich einiges: das Baufeld für die neue **Mehrzweckhalle** wurde frei gemacht und mit großem Gerät begradigt. Unglaubliche Mengen an Erde und Sand sind dabei bewegt worden. Inzwischen wurde auch mit den Bauarbeiten begonnen, da wir im Ergebnis der Ausschreibungen, nach einigen inhaltlichen Veränderungen, im Budget-Rahmen geblieben sind. Im Sommer 2014 werden wir wahrscheinlich die dringend benötigte neue Mehrzweckhalle für die Schulen und den Vereinssport nutzen können.
In der GV am 25.04.2013 wurde aus formalen Gründen jetzt auch offiziell der Bau der Mehrzweckhalle beschlossen. Der Beschluss erfolgte einstimmig, auch mit meiner Stimme, da außer Frage steht, dass wir für den Schul- und Breitensport dringend zusätzliche Hallenkapazitäten brauchen. Hinsichtlich der Finanzierung der jährlichen Kosten der Mehrzweckhalle stehen sowohl die Gemeinde als auch die Nutzer aber vor erheblichen Herausforderungen.
Die **neue Kindertagesstätte der AWO** in der Seestraße wird nach Auskunft des Betreibers voraussichtlich schon im Herbst diesen Jahres eröffnen können. Viele Eltern wird das sicher freuen.
Die Vorbereitungen für das **Sommerfest** vom 9.-11. August sind angelaufen. Es wird diesmal durchgängig an der Schleuse stattfinden und wir haben uns Unterstützung durch einen „Ausrichter“ geholt. Da das Fest aber wieder in enger Abstimmung und in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Gastronomen vorbereitet wird, bleibt es natürlich unser gemeinsames Fest unter dem Motto: „Wir in Woltersdorf“.
Die Kosten für dieses Fest müssen im Wesentlichen durch Sponsoren und private Spenden aufgebracht werden. Darum sind wir jetzt dabei, Unterstützer zu suchen und Spendenbriefe zu verschicken. Außerdem haben wir in verschiedenen Geschäften und bei Gastronomen im Ort Spendenbüchsen aufgestellt.
Wenn Sie unser Fest darüber hinaus unterstützen wollen, sind alle **Spenden** auf folgendem Konto herzlich willkommen:

Gemeinde Woltersdorf
Sparkasse Oder-Spree
Konto Nr.: 200 831 51 61, BLZ: 170 550 50
Verwendung: Woltersdorfer Sommerfest 2013

Sie erhalten unaufgefordert eine Spendenbescheinigung. Als Dankeschön werden alle Spenderinnen und Spender im Mitteilungsblatt benannt. Wenn Sie dies nicht wünschen, teilen Sie uns das bitte mit.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Frühling.
Ihr Bürgermeister Dr. Rainer Vogel

Christliche Kita steht nicht zur Disposition

Es werden offensichtlich unnötig Ängste geschürt

Von Michael Hauke

In den vergangenen Wochen gab es Schlagzeilen um die Christliche Kita. Der Bürgermeister nimmt dazu in seinem Leitartikel Stellung. Die Märkische Oderzeitung titelte: „Kita-Chef Stock: Gemeinde droht mit Schließung". Was in der MOZ lanciert wurde, entbehrt aber tatsächlich jeder Grundlage. Die Schließung der Kita steht überhaupt nicht zur Debatte, da die Christliche Kita fest im „Kitabedarfsplan" des Landkreises Oder-Spree verankert ist. Außerdem liegt ein Entwurf eines Kitabedarfsplanes der Gemeinde vor, in der ebenfalls fest mit der Kita geplant wird. Insofern ist das, was durch die MOZ-Überschrift suggeriert wird, ein nicht ganz korrekter Sachverhalt. Richtig ist aber, dass der Geschäftsführer der Kita, Prof. Dr. Wolfgang Stock, die Vereinbarung über den Betrieb der Kindertagesstätte gekündigt hat. Also: Nicht die Gemeinde hat gekündigt, sondern der Träger der Kita. Dass Amtsleiter Hannes Langen die Kündigung angenommen hat, wird nun als Drohung der Gemeinde interpretiert.

Hannes Langen sagte uns auf Nachfrage, dass durch die Kündigung des Trägers der Fortbestand der Kita nicht zur Debatte stehe und auch nie stand.

Auslöser war eine hohe – von der Gemeinde als unangemessen hoch eingestufte – Nachforderung des Kita-Trägers für entstandene Betriebskosten. Amtsleiter Hannes Langen: „Wir haben diese Forderung unter dem Vorbehalt der Rückforderung bezahlt." Allerdings sei die Kita nach dem Kitagesetz zur sparsamen Haushaltsführung verpflichet, daher werde die Gemeindeverwaltung diese Forderung im Interesse aller Steuerzahler in Ruhe prüfen. Damit der Betrieb gesichert bleibe, sei die Zahlung jedoch vorab erfolgt.

Amtsleiter Langen, der seit 2011 den Bereich Bildung, Ordnung, Bauen in Woltersdorf leitet, ist verwundert über das Vorgehen des Trägers, die Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu ziehen. „Alles ist über Jahre schmerzfrei gelaufen. Warum tut der Träger so etwas?"

So werde völlig unnötig mit den Ängsten von über 100 Familien gespielt, die ihre Kinder in den Einrichtungen der Christlichen Kita untergebracht haben.

In der Öffentlichkeit werde wahrgenommen, dass die Gemeinde, und damit namentlich Bürgermeister Dr. Vogel und Amtsleiter Langen, dem Bedarf der Familien in der Gemeinde nicht gerecht werden und einer Kita mit Schließung drohten.

Es wird also ein neuer Woltersdorfer Konflikt in der Öffentlichkeit aufgebaut. Geschäftsführer des Kita-Trägers ist Prof. Dr. Wolfgang Stock, amtierender Vorsitzender der CDU und jahrelang Gemeindevertreter in Woltersdorf. Seit der „neue" Bürgermeister im Amt ist, wirft er ihm permanent Fehlverhalten vor, unter anderem dass er seine „Amtspflichten" verletze.

Blicken wir zurück: Bereits vor der Bürgermeisterwahl traten Prof. Dr. Wolfgang Stock und auch die Christliche Kita (!) im Wahlkampf auf. Die Ablösung des zwanzig Jahre amtierenden Bürgermeisters Wolfgang Höhne sollte unbedingt verhindert werden. [redacted] Damit allerdings nicht genug. Falls Beten allein nicht helfe, hatte man noch einen zweiten Trumpf im Ärmel: Die Eltern der Kinder, die in der Christlichen Kita waren, erhielten alle einen Brief auf dem offiziellen Geschäftspapier der Kita, der mit dem Wort „Wahlempfehlung" bezeichnet war. Dieser Elternbrief liegt uns vor. Darin hieß es am 25.03.2010: *„(...) Dr. Rainer Vogel hat sich mit verschiedenen Äußerungen klar gegen 'die Kirche' positioniert. Deshalb fürchten wir, dass wir im Falle seiner Wahl auch als Christliche Kita die Unterstützung der Kommune verlieren. (...) Eine Wahlentscheidung hat immer viele Gründe. Wir bitten Euch aber, bei Eurer Wahl auch die Interessen unserer Christlichen Kita mit im Blick zu haben."*

Unterzeichner dieser „Wahlempfehlung" war als Geschäftsführer auch Prof. Dr. Wolfgang Stock, damals Gemeindevertreter der CDU. Eingeleitet wurde der Brief mit dem Satz: „Wir wissen, dass eine Wahlempfehlung in der Kita ungewöhnlich ist." Dem ist wenig hinzuzufügen, außer dass das Wort „ungewöhnlich" ziemlich untertrieben war.

Damals wurde Angst um die Zukunft der Kita verbreitet für den Fall, dass Dr. Vogel neuer Bürgermeister werde. Dieselbe Karte wird nun offensichtlich wieder gespielt, um den Bürgermeister und auch den Amtsleiter zu diskreditieren. Durch die Initiative UNSER WOLTERSDORF hat der Bürgermeister einen Rückhalt gewonnen, den es bislang in der Gemeindevertretung nicht gibt. Dort gab und gibt es in erster Linie Konfrontation mit CDU, SPD und WBF, die viele als „Anti-Bürgermeister-Koalition" wahrnehmen.

Es scheint nicht ausgeschlossen, dass der verstärkte öffentliche Rückhalt nun auch ein Grund ist, den BM nicht wie bisher im kleinen Rahmen der Gemeindearbeit, sondern wieder in der breiten Öffentlichkeit unter Beschuss zu nehmen anstatt solche Dinge ruhig im persönlichen Gespräch zu klären.

Am Rande: Während alle Kitas im Ort an oder über der Kapazitätsgrenze arbeiten müssen, ist die Auslastung der christlichen Kita deutlich geringer, die produzierten Betriebskosten dagegen ungewöhnlich hoch.

Wofür steht das Sommerfest und wie wurde bzw. wird es finanziert?

Von Askell Kutzke

Seit einem guten halben Jahr gehe ich nun zu den Sitzungen der Gemeindevertreter im Rathaus.

Ein spannendes Thema, welches zu Unmut zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung führt, ist immer wieder die Finanzierung des Sommerfestes 2013. Die Gemeindevertreter von CDU-SPD-WBF erkundigen sich oft nach dem Stand der Vorbereitungen dieses Festes. Diese Gemeindevertreter wollen, dass die Verwaltung das Fest ausrichtet, wollen jedoch nicht, dass dafür Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Das Sommerfest gibt es schon lange in Woltersdorf. Während der Amtszeit des ehemaligen Bürgermeisters Wolfgang Höhne war es auch nicht problematisch, die Gelder für das Sommerfest bereitzustellen.

Die Gemeindevertreter behaupten zwar, dass die Mittel für das Fest bisher nie in den Haushalt eingestellt worden sind und das Fest zum größten Teil aus Spenden finanziert wurde, aber diese Behauptung hält einer näheren Betrachtung nicht stand.

Wenn wir die Spenden für die Sommerfeste unter der Amtszeit von Bürgermeister W. Höhne durchleuchten, kommen wir zu nachstehendem Ergebnis:

1. Das Sommerfest wurde bisher von wenigen Großspendern finanziert. Einer der ehemaligen Großspender ist der Architekt Giffhorn. Wir hatten Ihnen diesen Spender bereits in unserem Informationsblatt vorgestellt. Leider hat er für 2011 und 2012 nichts mehr gespendet, so dass sich der neue Bürgermeister darauf nicht mehr stützen konnte.

2. Die weiteren Großspender waren der ehemalige regelmäßige Veranstalter und die Eigenbetriebe der Gemeinde GWG und der Kommunale Küchenbetrieb. Letzterer wurde vor zwei Jahren abgewickelt.

Warum spendeten die gemeindeeigenen Betriebe? Sie spendeten, weil es ein Steueroptimierungskonzept der Gemeinde darstellte, denn die Spenden der Eigenbetriebe stellten für die Betriebe steuerlich abzugsfähige Kosten dar, die den zu versteuernden Gewinn dieser Spender verringerten. Der Gewinn muss nämlich an die Gesellschafter, also die Gemeinde Woltersdorf, ausgeschüttet werden, und diese Gewinnausschüttung unterliegt der Versteuerung. Wenn also die gemeindeeigenen Betriebe Kosten (Spenden für Sommerfeste) absetzen können, dann führt dies zu entsprechend geringeren Steuerzahlungen. Allerdings hat das Finanzgericht vor zwei Jahren entschieden, dass dies eine „Verdeckte Gewinnausschüttung“ darstellt und diesem Verfahren einen Riegel vorgeschoben. Dieses Steuersparmodell darf jetzt nicht mehr angewendet werden.

Wie komme ich trotzdem darauf zu behaupten, dass das Sommerfest früher aus dem Haushalt der Gemeinde – wenn auch indirekt – finanziert wurde? Weil der Gewinn der Gemeindebetriebe an die Gemeinde als Gesellschafter der Betriebe ausgezahlt wird und in den Gemeindehaushalt als nicht zweckgebundene Einnahme der Gemeinde einfließt, wie die anderen Einnahmen der Gemeinde auch, und steht dann zur Finanzierung der Kosten der Gemeinde zur Verfügung. Wenn also die Eigenbetriebe einen Spendenbetrag von 1.000 Euro (als Beispiel) für das Sommerfest leisten, dann reduziert sich dadurch die nicht zweckgebundene Einnahme der Gemeinde um genau diese 1.000 Euro (abzüglich fälliger Steuer) und geht nicht mehr in den Haushalt als Einnahme ein, was sonst nämlich der Fall wäre. Dies dürfte der Nachweis sein, dass das Sommerfest bisher teilweise über den Haushalt durch Einnahmenverzicht, allerdings versteckt finanziert worden ist. Bei der Staatsfinanzierung gibt es einen Begriff für diese Vorgehensweise: Schattenhaushalt. Ein großer Teil der Rettungsmaßnahmen von Staaten in Europa werden so zurzeit finanziert, damit es im normalen Staatshaushalt nicht so negativ aussieht.

Unsere Forderung ist, dass die Dinge richtig dargestellt und so für alle transparent werden. Die Gemeindevertreter von CDU-SPD-WBF behaupten immer wieder, dass das Sommerfest noch nie aus dem Haushalt finanziert wurde. Sie verlangen vom Bürgermeister Dr. Vogel, es auch weiterhin so zu halten und das Sommerfest komplett aus Spenden zu finanzieren. Es kann natürlich sein, dass die Entscheidungsträger in diesem Ort die Situation der bisherigen Finanzierung des Sommerfestes anders verstanden haben. Dies können und wollen wir nicht beurteilen.

Da auf die bisherige indirekte Finanzierung des Sommerfestes über den Haushalt nicht mehr zurückgegriffen werden kann und eine direkte Finanzierung des Sommerfestes von den Gemeindevertretern (CDU-SPD-WBF) abgelehnt wird, muss der jetzige Bürgermeister zusehen, wie und woher diese Mittel zu beschaffen sind. Dank der Großzügigkeit vieler Woltersdorfer konnte in 2012 das Sommerfest durch Spendeneinnahmen finanziert werden. Für 2013 wurde der Verwaltung nun die Aufgabe von der Gemeindevertretung gestellt, dieses zu wiederholen. Die Gemeindevertretung möchte die Verwaltung auch unterstützen und sich an den Spenden selbst mit beteiligen. Wir werden später in unserem Informationsblatt berichten, wie die Unterstützung der Gemeindevertreter in Zahlen ausgefallen ist.

Der Ausrichter des Sommerfestes plant von der Gemeinde einen Beitrag von 9.000 Euro zur Mitfinanzierung ein. Dies ist noch ein schwer zu erreichendes Ziel, aber die Verwaltung möchte es mit Hilfe der Woltersdorfer erreichen und deshalb alle Woltersdorfer aufrufen, sich an

diesem Projekt zu beteiligen.
Wofür steht das Sommerfest? Es dient den Woltersdorfern der Identifikation mit unserem schönen Ort. Das Fest ist ein Ort der Begegnungen für die Woltersdorfer und ein Ort, an dem sich alle interessierten Bürger und Bürgerinnen sowie Vereine einbringen und vorstellen können. Somit ist es das Fest aller Woltersdorfer.
Des Weiteren ist es ein wichtiger Bestandteil im Marketingkonzept der Gemeinde. Die Gemeinde Woltersdorf möchte für die Berliner ein interessantes Ausflugsziel sein, um Besucher anzuziehen, die dann auch Umsatz in unserer gut ausgebauten Gastronomie machen. Jeder Umsatz führt zu Steuereinnahmen, welche die Gemeinde dringend benötigt. Mehr Umsatz in der Gastronomie führt zu mehr Steuereinnahmen. Somit sollte die Gemeinde alles tun, damit das Sommerfest 2013, wie 2012 auch, ein Erfolg wird.
Bürgermeister Dr. Vogel hatte im letzten Jahr auch die Idee, dass das Sommerfest 2012 nicht nur am bisherigen Standort „Maiwiese“ stattfinden soll, sondern genau dort, wo der Großteil unserer Gastronomie angesiedelt ist, nämlich im Bereich der Schleuse. So können die meisten Gastronomen besser in das Sommerfest mit einbezogen werden. Ein Ziel ist es ja, unseren auswärtigen Besuchern zu zeigen, dass sich ein Ausflug nach Woltersdorf immer lohnt, auch wenn kein Sommerfest gefeiert wird. Und dann ist nicht zu vergessen, dass wir ja „Woltersdorf an der Schleuse“ sind und deshalb auch die Schleuse mit in das Sommerfest einbeziehen sollten.
Es ist daher vollkommen unverständlich, dass die Gemeindevertreter von CDU, SPD und WBF die finanzielle Unterstützung des Sommerfestes über den Haushalt von Woltersdorf ablehnen, jetzt wo die früheren Großspender weggefallen sind. Gut, der Steuervorteil für die „Verdeckte Gewinnausschüttung“ ist weggefallen, aber eine Möglichkeit gibt es ja trotzdem: Die Gemeinde stellt genau den Betrag zur Verfügung, der bisher auch ohne Steueroptimierung zur Verfügung stand. Damit wäre die Haushaltsbelastung die gleiche wie früher. Dies haben aber die Gemeindevertreter bisher nicht beschlossen.
Somit können wir die Woltersdorfer, die das Sommerfest 2013 unterstützen wollen, nur bitten, ein wenig zu spenden, damit auch in diesem Jahr das Sommerfest stattfinden kann.
Hier das Spendenkonto der Gemeinde:

Gemeinde Woltersdorf;
Konto: 2 008 315 161; BLZ: 170 550 50
Verwendung: Woltersdorfer Sommerfest 2013

Liebe Woltersdorfer, es ist unser Fest und mit diesem Fest machen wir Werbung für unseren Ort. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung. Ich selbst werde heute einen kleinen Beitrag leisten und eine Überweisung für das Sommerfest ausführen.

Dringender Appell der Woltersdorfer Solidargemeinschaft zum Schutz vor Kriminalität e.V.

An alle Woltersdorfer Bürgerinnen und Bürger
Die Solidargemeinschaft zum Schutz vor Kriminalität e.V. ruft dazu auf, mit erhöhter Wachsamkeit auf den starken Anstieg der Kriminalität im Berliner Umland zu reagieren. Die Einbruchsdiebstähle in Wohnungen und Einfamilienhäusern sind stark angestiegen.
Auf der Liste der Einbrecher stehen in erster Linie Bargeld, Schmuck, Leptops, Notebooks und andere leicht zu transportierende Wertgegenstände.
Laut Polizeistatistik handelt es sich sowohl um organisierte Banden aus Osteuropa, als auch um Einbrecher deutscher Nationalität, welche das Berliner Umland für ihre Beutezüge auserkoren haben. Ein eindeutiges Schema ist nicht erkennbar. Die Einbrüche erfolgen nicht nur nachts, sondern zu 37% zwischen 6.00 und 21.00 Uhr.
Die Polizei setzt bei der Bekämpfung von kriminellen Handlungen verstärkt auf die Unterstützung der Bürger.
Hauptziel dabei ist besonders die Nachbarschaftshilfe.
- Beobachtung verdächtig erscheinender Personen auf dem Nachbargrundstück
- Autos mit unbekanntem Kennzeichen erkunden
- Einbruchsgeräusche registrieren
- bei längerer Abwesenheit Kontrollen vereinbaren und Telefonnummern hinterlegen

Die Polizei ist auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen, um die Täter dingfest zu machen.
Wenn man aufmerksam ist und bei verdächtigen Ereignissen nicht wegschaut, haben Einbrecher kaum eine Chance.
Wir, als Sicherheitspartner der Polizei, sind seit 1994 in unserem Ort aktiv tätig.
Als gemeinnütziger Verein arbeiten wir im Interesse unseres Ortes und deren Bürger.
Wir stellen uns folgende Ziele:
- Zurückdrängung der Kriminalität
- Ermunterung der Bürger zur Zivilcourage und Nachbarschaftshilfe
- Abbau der Wegschaumentalität
- Bürgerinformationen über Kriminalitätsabwehr

Unsere Mitglieder sind auf Streifgängen, u.a. vor Kindertagesstätten, anzutreffen.
Wir sind im Ort zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem PKW unterwegs um:
- Straftäter zu erkennen, abzuschrecken und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern
- Gespräche zu führen, wobei wir zu Schutzmaßnahmen und Nachbarschaftshilfe anregen
- verdächtige Taten zu erfassen und an die Polizei weiterzuleiten

Wir würden uns über Ihr Interesse an unserer Tätigkeit freuen. Je mehr Bürger den Verein unterstützen, um so größer ist die Chance, dass wir auch weiterhin sicher in unserem Ort leben können.
Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!
Jeder volljährige Bürger, der bereit ist, sich für die Sicherheit des Ortes einzusetzen und sich verpflichtet, die Ziele unseres Vereins zu fördern, kann Mitglied werden. (Kontaktdaten auf Seite 9 dieser Ausgabe.) **Der SSK Vorstand**

Hat der Bürgermeister persönliche Vorteile aus seiner Amtstätigkeit gezogen?

Von Wilfried von Aswegen

Bei der vergangenen Gemeindevertreter-Sitzung (GV) am 25. April wurde Bürgermeister Dr. Vogel von CDU, SPD und WBF schwer angegangen. Was hat er denn jetzt schon wieder getan? Seine Ehefrau hat ein Grundstück von der Gemeinde gekauft, genauer gesagt: in der Körnerstraße. Und eben diese Körnerstraße ist Gegenstand von Auseinandersetzungen, innerhalb der Anwohnerschaft und in der GV.

Die Idee der Anwohner war, die vorhandene Sandpiste in eine richtige Straße umzuwandeln und diese dann der Gemeinde zu übergeben. Eine Aufgabe, die üblicherweise die Gemeinde übernimmt und dann 90% der Kosten auf die Anwohner umlegt. Allerdings haben die Bewohner ausgerechnet, dass, wenn sie die Straße in Eigenregie planen und bauen lassen, die Gemeinde und sie selbst günstiger bei weg kommen. Also hat die GV beschlossen, der Umsetzung des privat finanzierten Projektes „Straßenbau Körnerstraße“ zuzustimmen. Dies hat auch Bürgermeister Vogel gemeinsam mit allen anderen Gemeindevertretern getan – und das ist nach Ansicht von CDU, SPD, WBF ein Verstoß gegen das Kommunalrecht, weil seine Frau ja auch Eigentümerin eines Grundstücks in der Körnerstraße ist und er somit befangen sein soll. Dies wird auf Antrag der Gemeindevertreter nun rechtlich durch die Kommunalaufsicht geprüft – und das ist gut so!

In der Einladung zur GV wird im vorgezogenen Tagesordnungspunkt 13 die Causa Körnerstraße behandelt. Frau Vorsitzende (WBF) legte besonderen Wert darauf, diesen Punkt öffentlich zu behandeln, weil es ja nur um Klärung des Sachverhaltes und keine Vorverurteilung gehe.

Dieses Ziel schien von der Frau Vorsitzenden allerdings nur vorgeschoben zu sein. Die Verurteilung des Bürgermeisters hatte sie in dem Tagesordnungspunkt bereits vorweggenommen, in dem sie formulierte: „Diskussion und Bewertung des Verstoßes des Bürgermeisters gegen das Gebot der Befangenheitserklärung und Mitwirkungsverbotes…“, anstatt ehrlich zu schreiben „…Prüfung des Vorwurfs des Verstoßes …“. Das kann leicht als Diffamierung durch die Hintertür aufgefasst werden!

Alle GV-Mitglieder wissen, dass hier keine Vorteilsnahme vorliegen kann, die ja eine Voraussetzung für eine Befangenheit gewesen wäre. Denn dieses von den Gemeindevertretern als „Vorzeigeprojekt“ bezeichnete Projekt soll ja allen Betroffenen Vorteile bringen, nämlich den Anliegern der Körnerstraße (einschließlich Familie Dr. Vogel) und der Gemeinde. Vorausgesetzt das Projekt wird tatsächlich umgesetzt.

Auch wurde von Familie Dr. Vogel kein Vorteilspreis beim Kauf des Grundstücks erzielt. Der Preis, der üblicherweise von Käufern noch heruntergehandelt wird, wurde so akzeptiert wie von der Gemeinde angeboten und wie es die Berechnung nach Bodenrichtwert hergibt. Bleibt also nur noch der Vorwurf, der Bürgermeister habe nicht sofort alle Gemeindevertreter informiert - und auch das war im Nachhinein betrachtet richtig so. Erstens ist er dazu nicht verpflichtet und zweitens hat auf der Gemeindevertretersitzung am 13. Mai die SPD verkündet, dass sie dem Projekt nicht zugestimmt hätte, wenn sie gewusst hätte, dass Familie Vogel dort ein Grundstück besitzt. Damit bestätigt die SPD, dass ansonsten das Projekt im Vorfeld nicht objektiv geprüft worden wäre.

Grundsätzlich sehen das die Gemeindevertreter von CDU, SPD und WBF ganz anders. Herr Vogel vom WBF übernahm in der GV-Sitzung am 25. April die Wortführung bei dieser Kampagne, die auch von CDU und SPD so mitgetragen wurde. Zuerst sprach er vom politischen Schaden durch den Bürgermeister. Auf dessen Nachfrage, durch welche seiner Handlungen denn politischer Schaden entstanden sei, gab es keine inhaltlichen Aussagen – lediglich einen hochroten Kopf. Als Herr Vogel vom WBF auch noch davon sprach, dass das Vertrauen in den Bürgermeister zerstört sei, mussten selbst Gegner des Bürgermeisters schmunzeln. Der Kampf von CDU, SPD und WBF gegen Dr. Vogel war niemals von Vertrauen geprägt, sie wollten ihn von Anfang an absägen.

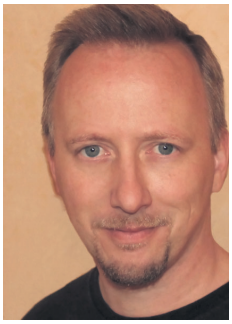
Es ist wichtig, dass jede Vorteilsnahme unverzüglich aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht wird. Das gilt natürlich auch für alle Parteien, insbesondere diejenigen, die mit ihrer Mehrheit alle Anträge im Parlament durchbringen können. Ein Kommentar im Gästebuch von UNSER WOLTERSDORF formuliert es so: „Die GV misst wie immer mit zweierlei Maß. Bei dem Projekt AWO-Kita im Netto-Markt wurde nicht eine Vorteilsname oder eine Befangenheit der Sozialausschuss-Vorsitzenden (SPD), die gleichzeitig AWO Vorstand ist, geprüft bzw. kritisch hinterfragt. …WBF (ist) auch Mitglied im Vorstand der AWO…. Wenn die Kommunalaufsicht schon mal da ist, sollte dieses auch geprüft werden!“

In der Causa Körnerstraße ist nichts dahinter, außer dem Versuch, den Bürgermeister zu diffamieren. Im schlimmsten Fall hat er sich zu wenig kommunikativ verhalten, das ist auch alles.

Zum Schluss noch etwas Positives. In den letzten beiden GV-Sitzungen haben sich Herr Mehlitz (WBF), Herr Gutjahr (Linke), Herr Dr. Bronsert (CDU) und Herr Dr. Harms sehr positiv herausgehoben. Herr Mehlitz hat einen überwiegend sachlichen Antrag an die Kommunalaufsicht zu Klärung des Vorgangs vorgelesen, dem auch der Bürgermeister zugestimmt hätte, hätte er sich diesmal nicht für befangen erklärt. Herr Gutjahr hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass man diesen Tagesordnungspunkt im Bereich „nicht öffentlichen Teil“ beraten sollte. Er hat die Kampagne wohl geahnt und sich auch durch hämische Bemerkungen von CDU, SPD und WBF nicht aus der Ruhe bringen lassen. Herr Dr. Harms hat als Schiedsmann sehr erfrischend aus seinen Erfahrungen bei Schlichtungen u.a. von Nachbarschaftsstreitigkeiten berichtet. Dr. Bronsert bedauerte am 13. Mai das durch das Projekt Körnerstraße entstandene schlechte nachbarschaftliche Verhältnis einiger Anwohner. Aber insbesondere warf er seinen GV-Kollegen von CDU, SPD und WBF vor, mit ihren bösartigen und feindseligen Formulierungen gegenüber dem Bürgermeister die Stimmung in Woltersdorf anzuheizen.

In der Bevölkerung hört man, dass die Anti-Bürgermeister-Koalition aus CDU-SPD-WBF anstatt zu versuchen, dem Bürgermeister zu schaden, endlich mit ihm kooperieren und vernünftige Politik machen sollte. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen.

Körnerstraße: Geht ein Straßenbauprojekt in die Binsen?



Von Henry Henschel

Sollte das einst durch einige Gemeindevertreter so hochgelobte Projekt Körnerstraße jetzt vorzeitig sterben?

Das Ziel dieses Projektes war es, durch Eigeninitiative und breiteren Wettbewerb (ohne öffentliche Ausschreibung) Kosten und Umsetzungszeitraum für die Anlieger und auch für die Gemeinde zu reduzieren. Die Anwohner beauftragten einen Generalunternehmer zur Projektierung. Der Anteil der Gemeinde bestand unter anderem darin, dieses Projekt durch einen Beschluss der Gemeindevertretung zu genehmigen. Durch die Neuartigkeit dieses Modellprojektes wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Gemeinde das Projekt inhaltlich beratend begleitet hätte. Diesen Auftrag hätte die Gemeindevertretung zeitnah (nach dem Beschluss) der Verwaltung übertragen müssen.

Doch jetzt kommt das Projekt ins Schwanken, denn wie es sich herausstellt, werden nicht alle Anlieger der Körnerstraße dieses Projekt unterstützen.

Dieses eskalierte im Sozialausschuss im März 2013. Da wunderte sich Jens Mehlitz (WBF) und fühlte sich getäuscht (erst drei Anlieger, die nicht wollen und jetzt acht, oder sind es doch mehr?), Holger Dymke (SPD) interessiert jetzt die Unterschriftenliste der Körnerstraße.

Auch die CDU meldet sich auf ihrer Website zu Wort und schreibt „(...) in der Sitzung des Sozialausschusses blieben Bürgermeister und Amtsleiter viele Antworten schuldig (...).“ Was sollen uns Bürgern solche Statements sagen? Steht die Schuldfrage vor der Lösungsfindung?

Alle verschweigen, dass sie eine Mitverantwortung an dieser Situation tragen. Denn alle Fraktionen hätten mit ihrem Sachverstand darauf verweisen müssen, dass die Gemeinde bei einem solchen Vorbildprojekt auch eine vorbildliche Beratungsleistung bereitzustellen hat. Auch im Eigeninteresse, denn alle Gewerke gehen nach Fertigstellung in das Eigentum der Gemeinde über.

Wenn jetzt noch viele Fragen offen sind oder sogar Unterlagen nicht vorliegen, stellen sich mir als Bürger von Woltersdorf dahingehend einige Fragen:

1. Auf welcher Basis hat die Gemeindevertretung ihre Entscheidung für die Baumaßnahme getroffen? Wurden die vorliegenden Unterlagen auf Vollständigkeit und Plausibilität, geprüft?
2. Wurde im Vorfeld vollumfänglich informiert und dokumentiert?
3. Welche Art der Hilfestellung hat die Gemeindevertretung den Initiatoren und Anwohnern angeboten bzw. die Verwaltung damit beauftragt, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Initiatoren keine Vollprofis sind und ihre Freizeit für dieses Projekt geopfert haben?
4. Wurden alternative Umsetzungsvarianten untersucht bzw. durch den Bauausschuss empfohlen, die eventuell zu einer Kostenoptimierung geführt hätten (andere Straßenbaumaßnahmen scheinen für die Anwohner wesentlich günstiger gewesen zu sein)?
5. Hat jemand mal nachgefragt, warum über 30 % der Anwohner das Projekt nicht unterstützen wollen? (Eventuell können es sich manche nicht leisten.)
6. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn das Projekt z.B. aus Kostengründen oder wegen einer eventuell nicht ausreichenden Prüfung durch die politisch Verantwortlichen scheitert ? Und wer trägt die entstandenen Kosten?

Am 13.05.2013 fand eine Sondersitzung der GV zum Thema Körnerstraße statt. Die SPD wollte einen vorläufigen Baustopp erwirkem, wegen eines Verdachts auf Täuschung der Gemeindevertreter und Anlieger in der Verfahrensweise zum privatfinanzierten Ausbau der Körnerstraße. Geladen waren die Abgeordneten sowie alle Bürger. Die Befürworter und auch die Gegner des Bauvorhabens hatten am Anfang die Möglichkeit zur Stellungnahme und nutzten diese, um ihre Situation und Sorgen den Abgeordneten zu schildern. Die Stellungnahmen – seien es Pro oder Contra – waren gut vorbereitet und wurden auch entsprechend vorgetragen. Die Anlieger kamen mit klaren Erwartungshaltungen an ihre Abgeordneten.

Die Gruppe der Baubefürworter wollte das Projekt nicht sterben lassen und die Gruppe der Baugegner erhoffte sich Hilfe, Klarheit und einen Ausblick. Doch kein Mitglied der Gemeindevertretung setzte sich in der Sitzung intensiv mit den Argumenten auseinander oder suchte Lösungsansätze, die für beide Gruppen tragbar wären. Für CDU, SPD und WBF war klar: der Bürgermeister und seine Verwaltung sind Schuld. Für diese Volksvertreter scheinen die Belange der Bürger kein vordringliches Thema auf der eigenen politischen Agenda zu sein. So stöhnte ein Anlieger in der Pause: „Hätte ich gewusst wie das hier abläuft... Ich kann es nicht glauben. Diese Leute sind für mich nicht mehr wählbar.“ CDU, SPD und WBF waren nicht wirklich an einer Klärung interessiert, was durch folgendes deutlich wurde: Die Gruppe der 13 Befürworter hatte sich für ihren Rechtsbeistand als Sprecher entschieden, was in der Abstimmung zum Rederecht von der Mehrheit aus CDU, SPD und WBF abgelehnt wurde. Dieses Abstimmungsverhalten stieß auf Unverständnis bei Anliegern und Zuschauern. So musste einer der Initiatoren, Herr Lan-

weiter auf Seite 8

Geht ein Straßenbauprojekt in die Binsen?

weiter von Seite 7

gusch, als Sprecher einspringen. Ihm wurden von Herrn Quassowski (CDU) Fragen zur Rechtmäßigkeit der Unterschriftenliste gestellt, wohlwissend dass der Rechtsbeistand, der dies hätte beantworten können, nicht reden durfte. Es machte den Eindruck einer Anhörung vor Gericht.

CDU, SPD und WBF versuchten mehrfach, einen Bogen vom Thema Körnerstraße über die Verwaltung bis hin zum Bürgermeister aufzubauen, um ihn und die Verwaltung mit dem Vorwurf der „bewussten Täuschung“ zu konfrontieren. Dieses wurde klar durch die Fakten der Anlieger und GV-Mitglieder widerlegt.

Eine Anliegerin von der Gruppe, die das Bauvorhaben ablehnt, betonte in ihrer Stellungnahme, dass Dr. Vogel zu keiner Zeit versucht habe, Einfluss auf ihre Entscheidung zu nehmen. Das bestätigten auch die Befürworter des Bauvorhabens innerhalb ihres Rederechts.

Als Herr Joppa vom Planungsbüro auf die finanziellen Konsequenzen eines Baustopps hinwies und die Verwaltung dieses wiederum unterstrich, konnte die SPD nicht mehr an ihrem Antrag festhalten und zog diesen zurück. Diese Verantwortung wollte sie nun doch nicht übernehmen. Die SPD hätte diese Sondersitzung auch im Vorfeld absagen können, wurden diese Informationen doch bereits im Vorfeld der Verwaltung und den Fraktionen zugeleitet.

Da der SPD-Antrag nicht ohne immense Kosten für die Gemeinde umsetzbar war, wurde von der CDU ein neuer Beschlussvorschlag in Form einer Tischvorlage vorgelesen und eingereicht. Inhaltlich geht es in diesem um die Aufforderung an die Kommunalaufsicht, den Baubeschluss der Gemeindevertretung zu prüfen und im Fall der Täuschung der Abgeordneten für nichtig zu erklären. Dieser Vorschlag wurde in namentlicher Abstimmung durch eine Mehrheit von CDU, SPD und WBF beschlossen, auch wenn er wüste Beschimpfungen (z.B. „Lügen“, „Täuschung“) gegenüber der Verwaltung, dem Bürgermeister und letztendlich den Anwohnern der Körnerstraße enthält. Hr. Bronsert, ein langjähriges Mitglied der CDU und angesehener Bürger von Woltersdorf, richtete mahnende Worte vor allem an seine Parteifreunde und deren Verbündete und erklärte, er werde einen solchen Antrag mit “Kampfparolen“ nicht unterstützen. Er zeigte sich von den durch dieses Projekt ausgelösten Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern zutiefst schockiert.

Zurück zum Projekt: es wird zur Zeit weiter gebaut. Allerdings mit einem faden Beigeschmack. Diese GV-Sitzung hat, anstatt zu vermitteln, einen noch stärkeren Keil zwischen die beiden Parteien der Körnerstraße getrieben. Es standen leider nicht die Anlieger und Bürger von Woltersdorf im Vordergrund, sondern offensichtlich die Machtspiele einiger Politiker, mit fraglichem Ziel. Wir dürfen gespannt sein, wie es weitergehen wird. Wenn einige Gemeindevertreter den Eindruck haben, man müsse einen oder mehrere Schuldige außerhalb ihrer eigenen Reihen finden, kann ihnen, wie man jetzt schon erkennen kann, ordentlich etwas auf die eigene Füße fallen. Das hat der zurückgezogene Antrag der SPD bereits deutlich gezeigt. Es ist zu hoffen, dass durch dieses Projekt die Gemeinde etwas dazugelernt hat: Man muss seine Bürgerinnen und Bürgern unterstützen, wenn sie etwas Neues auf die Beine stellen wollen. Und man muss kommunizieren, immer und immer wieder!

Aller Anfang ist schwer, das nächste Mal wird es (hoffentlich) besser funktionieren.

Seniorenwoche in Woltersdorf

Liebe Seniorinnen und Senioren,

wir freuen uns, Sie auch in Woltersdorf im Rahmen der 20. Brandenburgischen Seniorenwoche im Juni 2013 zu interessanten, informativen und unterhaltsamen Veranstaltungen herzlich einladen zu können!

In der vorigen Ausgabe haben wir uns bereits vorgestellt. Im März 2013 ist leider Herr Dr. Buhisan verstorben. Wir vermissen Ihn und wir suchen gleichzeitig weitere engagierte SeniorInnen, die uns helfen wollen, Woltersdorf zu einem seniorenfreundlichen Ort zu machen . Der 1. Schritt wurde getan. Mit der Berufung des Seniorenbeirats im vergangenen Jahr durch die Gemeindevertretung ist die Interessenver-tretung der Senioren in Woltersdorf gestärkt worden. In den letzten Monaten angebotene Veranstaltungen, wie die Weihnachtsfeier, sind von einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern besucht worden und haben eine positive Resonanz gefunden, so dass der Seniorenbeirat seine Arbeit jetzt auf die Vorbereitung weiterer Veranstaltungen im Rahmen der 20. Brandenburgischen Seniorenwoche konzentriert.

Zurückblickend auf 20 Jahre Seniorenwoche in Brandenburg und vorausschauend auf die zukünftig mit dem Demografischen Wandel weiter an Bedeutung gewinnende Seniorenarbeit in unserer Region reihen wir uns mit folgenden Veranstaltungen in diese seit 20 Jahren gepflegte Tradition ein:

- Seniorenfest/Eröffnungsveranstaltung am 10.06.2013 um 15:00 Uhr im Speisesaal der Schule in der Vogelsdorferstraße mit Informationen, Kaffee u. Kuchen und Unterhaltungsprogramm (Eintritt 5,00 €)
- Verkehrssicherheit und Senioren am 12.06.2013 um 14:00 Uhr im Kulturhaus „Alte Schule“ (Eintritt frei)
- „Altwerden ist nichts für Feiglinge“ Lesung am 14.06.2013 um 14:00 Uhr im Kulturhaus „Alte Schule“ (Eintritt 1,00 €)

Wir hoffen, Sie zahlreich begrüßen zu können und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, zu feiern und Anregungen für unsere zukünftige Arbeit zu erhalten.

(siehe auch Einladung auf Seite 13 unten!)

Kindertagesstätten

Haus der kleinen Strolche
www.haus-der-kleinen-strolche.de
Steinwinkel 1 .....☎ 03362 - 799880
Andrea.noeske@haus-der-kleinen-strolche.de
Christliche Kita (Elterninitiative)
www.christliche-kita.de
E-Mail: leitung@christliche-kita.de
Werderstr./ Hans-Knoch-Str. 1 .....☎ 03362 - 3305
Vorschule/ Hort
E.-u.-Rosenberg-Str. 51 .....☎ 03362 - 884270
Kita „FANTASIA“ der AWO
www.kita-fantasia.de
E-Mail: info@kita-fantasia.de
Berliner Platz 1 ..... ☎ 03362 - 502118 u. 19

Schulen

Grundschule Woltersdorf
Weinbergstraße 27 .....☎ 03362 - 5127
Gesamtschule Woltersdorf der FAW gGmbH
Vogelsdorfer Straße 7 .....☎ 03362 - 884556
Freie Schule Woltersdorf e.V.
Blumenstraße 13 .....☎ 03362 - 700973

Kindertagespflege

Tagespflege „Waldfee“
Lerchenstraße 38, 15569 Woltersdorf
☎ 03362 - 29384, 0162 - 430 93 28
Tagespflege Knirpsenland, Wiesenring 20b
kindertagespflege-woltersdorf@web.de
☎ 03362 - 590 272, 0177 - 268 77 42
Kindertagespflege „kinderhaus-klitzeklein“
☎ 0172 - 311 64 38

Vereine

Angelfreunde Flakensee e. V.
E. u. J.-Rosenberg-Str. 40a, ☎ 03362 - 23877
AWO Ortsverein Woltersdorf
R.-Breitscheid-Straße 22
☎ 03362 - 700380
BVBB, Bürgerverein Berlin - Brandenburg e.V.
Schleusenstraße 41
☎ 03362 - 5529
Bürgerinitiative Woltersdorf für Erhalt der Lebensqualität
(Ohne Fluglärm und Umweltverschmutzung)
www.bi-woltersdorf.de
Chorgemeinschaft Woltersdorf e. V.
Kornwinkel 6, ☎ 03362 - 504094
www.chorgemeinschaft-woltersdorf.de
Deutsche Rheuma-Liga
Landesverband Brandenburg e. V.
Selbsthilfegruppe Woltersdorf, Im Knack 20
☎ 03362 - 75449
Deutscher Mieterbund Mieterverein
Erkner und Umgebung e. V.
Seniorentreff in der R.-Breitscheid-Str. 23
2. und 4. Mittwoch im Monat, ca. 15:30-17:30 Uhr
EC Jugendarbeit Woltersdorf e. V.
Schleusenstraße 50
Erkneraner Woltersdorfer Karneval Gemeinschaft e. V. ☎ 03362 - 27026, www.ewg-alaaf.de, info@ewg-alaaf.de
Kinder- und Jugendförderverein „Klub NOTbremse“ e . V.
☎ 03362 - 22941, 0152- 07119370
K-L-F Gruppe e. V.
Berliner Str. 50
☎ 030-44046370
Kulturhaus Alte Schule e.V.
☎ 03362 - 740496
post@alte-schule-woltersdorf.de
www.alte-schule-woltersdorf.de
Minigolffreunde Woltersdorf 2010 e. V.
August-Bebel-Straße 7
☎ 0175 - 4627789
Mittelstandsverein Woltersdorf e. V.
Sebastian-Bach-Straße 12
☎ 0173 - 5738747
Motorsportclub Woltersdorf e. V.
Werderstraße 72
☎ 03362 - 24885
Schulförderverein Woltersdorf e. V.
Weinbergstraße 27
☎ 03362 - 700512
Schützengilde Woltersdorf 1926 e. V.
Eichendamm 2
☎ 03362 - 25994
Segel-Club-Flakensee e. V.
Ethel-und-Julius-Rosenberg-Straße 27/28
Seimitsu e. V.
Waldstr. 11, ☎ 030 - 64399333
Skatverein MSV „Flakensee 03“
Baumschulenstraße 6, 15569 Woltersdorf
☎ 03362 - 888040, 0173 - 6203623
SV 1919 Woltersdorf e. V.
www.svwoltersdorf.de
Sport- und Freizeitpark, Hochlandstraße 11a Mail: vorstand@svwoltersdorf.de ☎ 0172 - 391 68 61
SSK e. V.
Solidargemeinschaft zum Schutz vor Kriminalität
☎ 03362 - 5374
Volkssolidarität
Landesverband Brandenburg e. V.,
Ortsgruppe Woltersdorf
☎ 03362 - 7000460 oder 5538
Weisser Ring e.V.
☎ 03362 - 25864
Woltersdorfer Carneval Verein 06 e. V.
☎ 0178 - 1850649
kontakt@wcv-helau.de
Woltersdorfer Verschönerungsverein „Kranichsberg“ e. V.
Grünstraße 9, 15569 Woltersdorf
☎ 03362 - 5565
Elterninitiative Christliches Familienzentrum
Woltersdorfer e. V. „Leuchtturm“
Werderstraße 9

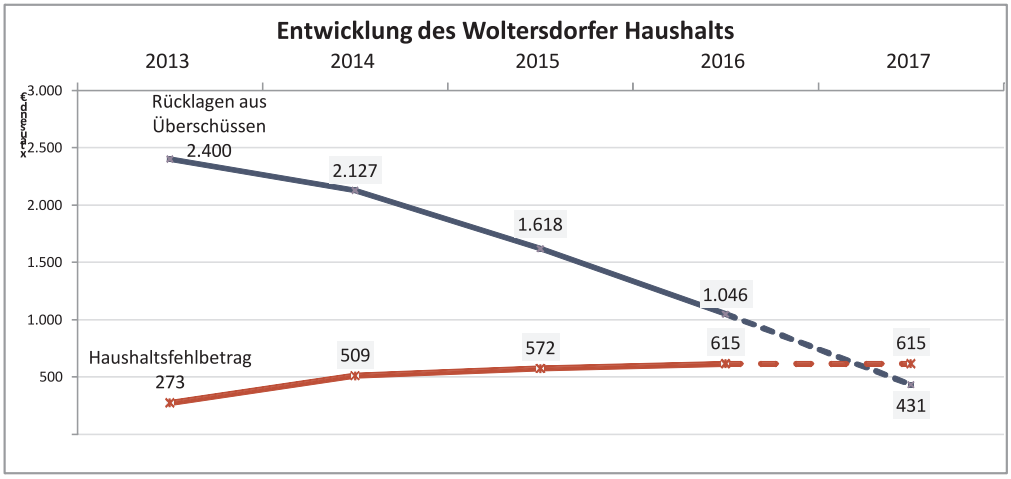
Wer sagt hier denn nun die Wahrheit?

Neues vom Gemeindehaushalt und der neuen Mehrzweckhalle

Von Wilfried von Aswegen

Der Woltersdorfer Gemeindehaushalt wird mit einem Fehlbetrag von 273.000 Euro beschlossen. Bis zum Jahr 2016 wird die Summe des Fehlbetrages die Zweimillionen-Euro-Grenze erreichen. Darin sind die Kosten für Abschreibungen enthalten, die einige Politiker gerne heraus rechnen würden. Die Gemeindeschulden sind durch das Ansammeln von Kapital zur Finanzierung der neuen Mehrzweckhalle um über 3 Mio. Euro gewachsen. Die Investitionen dieser Mehrzweckhalle wurden faktisch nicht angespart, sondern mit hohen Zinskosten lediglich umgebucht. Keiner sagt, wie die jährlich anfallenden Kosten für die neue Mehrzweckhalle aufgebracht werden sollen. Finanzierung von zukünftigen, dringend notwendigen Projekten ist dadurch gefährdet.

Die Gemeindevertretung hat im Februar den Gemeindehaushalt 2013 beschlossen. Dieser weist für 2013 im sogenannten Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 273.000 Euro auf. Und das soll in den nächsten Jahren so weitergehen, nämlich 509.000 Euro (2014), 572.000 Euro (2015) und 615.000 Euro (2016). Die Summe der Fehlbeträge – einschließlich Abschreibungskosten – wird bis 2016 nahezu 2 Mio. Euro betragen (siehe Abb. 1).



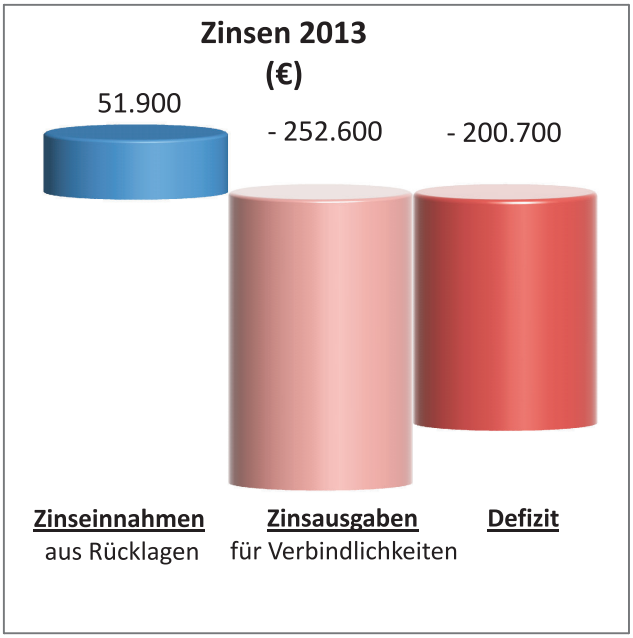
Kritik an diesem defizitären Haushalt wird von so manchem Politiker abgewehrt, indem argumentiert wird, dass in der Bilanz schließlich die Abschreibung enthalten ist, bei der ja kein Geld fließt, sondern vor allem der Wertverlust gemeindeeigener Bauwerke und Anlagen dargestellt wird. Diese Sichtweise widerspricht erstens den rechtlichen Vorgaben und ist auch sachlich nicht korrekt (siehe Infobox unten rechts).

Die Fehlbeträge im Woltersdorfer Haushalt werden mit den Rücklagen aus den Überschüssen der ordentlichen Ergebnisse ausgeglichen. Letztere betragen ca. 2,4 Mio. Euro und werden, wenn es so weitergeht wie bisher, 2017 erschöpft sein (Abb. 1). Ab dann fehlt der Gemeinde das Vermögen, um den Haushalt wieder auszugleichen. Der finanzielle Spielraum wird drastisch eingeschränkt. Dies ist eine Situation, in der üblicherweise die Kommunalaufsicht einschreitet, um einen ausgeglichenen Haushalt einzufordern. Wenn Woltersdorf das dann nicht hinbekommt, indem es z.B. entsprechend Einsparungen durchführt oder Einnahmen steigern kann, besteht die Gefahr, dass die Haushaltshoheit den Woltersdorfern aus der Hand genommen wird.

Auf Anfrage aus der Bevölkerung während der Gemeindevertreterversammlung vom 14.02.2013 erwiderte ein sichtlich verzweifelter Bürgermeister Dr. Vogel, dass auch er nicht wüsste, wie die Fehlbeträge aus dem Gemeindehaushalt refinanziert werden können. Er wurde daraufhin von einem Teil der Gemeindevertretung als Lügner hingestellt, der Fragende als jemand, der mit falschen Zahlen operiere. Beides wurde inhaltlich auch kritiklos von der Märkischen Oderzeitung (MOZ) übernommen. Ein genaueres Nachfragen, sowohl seitens der Politiker als auch der Redakteure wäre berechtigt gewesen, denn eine weitere Recherche zeigt, dass diese Zahlen stimmen! Sie stehen so im Haushaltsplan und werden auch so von der Verwaltung bestätigt.

Des Weiteren verfügt die Gemeinde noch über freie Geldbestände in Höhe von ca. 5,6 Mio. Euro auf Bankkonten. Letztere werden dieses Jahr zu Zinseinnahmen von 52.900 Euro bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 0,96% führen. Es scheint also gut auszusehen, in der Woltersdorfer Kasse (Abb. 2).

Woltersdorf hat allerdings auch Schulden, Verbindlichkeiten genannt. Davon leider nicht zu wenige. Diese Bankschulden belaufen sich ohne Berücksichtigung der Schulden der gemeindeeigenen GWG (Wohnungsbaugesellschaft Woltersdorf) auf ca. 6 Mio. Euro. Für diese müssen bei durchschnittlichem Zinssatz von 4,2% im laufenden Haushaltsjahr 252.600 Euro Zinsen gezahlt werden. Stellt man die Zinseinnahmen den Zinsausgaben gegenüber, wird im laufenden Haushaltsjahr ein tiefrotes Defizit von über 200.000 Euro erzeugt.



Der Geldbestand und die Schulden der Gemeinde sind mit den „Rückstellungen“ für die neue Mehrzweckhalle der Gemeinde gekoppelt. 5,6 Mio. Euro Guthaben stehen ca. 6 Mio. Euro Schulden (Verbindlichkeiten) gegenüber. In diesen Schulden sind, egal wie man es haushalterisch ausweist, über 3 Mio. Euro Schulden für die neue Mehrzweckhalle enthalten. Somit haben diese „Rückstellungen“ für die neue Mehrzweckhalle innerhalb der letzten 3 Jahre die Gemeinde fast 400.000 Euro Zinsen gekostet. Dieses Geld fehlt in unserem Haushalt. Da die Schulden nach derzeitiger Haushaltslage nicht oder nur unwesentlich abgebaut werden können, führen sie in den nächsten Jahren zu Zinskosten in Höhe von ca. 230 - 250.000 Euro pro Jahr, vorausgesetzt die Zinssätze verbleiben auf dem heutigem niedrigen Niveau – sonst wird es noch teurer. Das jährliche Zinsdefizit wird auch wegen der geringeren Zinseinnahmen, die „Rückstellungen“ werden ja für die neue Mehrzweckhalle ausgegeben, immer roter.
Hinsichtlich der neuen Mehrzweckhalle müsste eine ehrliche Rechnung etwa so aussehen:

1	Kosten des Bauwerks	2.000.000 €
2	Abschreibung 30 Jahre	= 66.667 € pro Jahr
3	Kosten Anlagentechnik	1.000.000 €
4	Abschreibung 10 Jahre	= 100.000 € pro Jahr
5	Summe Abschreibung (= 2 + 4)	166.667 € pro Jahr
6	Betriebskosten (Uni Stuttgart 2Q 2012)	130.000 € pro Jahr
7	Haushaltsbelastung (= 5 + 6)	296.667 € pro Jahr

Das bedeutet, dass die neue Mehrzweckhalle den jährlichen Haushalt mit fast 300.000 belasten wird. Wird die Rückzahlung des indirekten Darlehens berücksichtigt, steigen die jährlichen Kosten auf weit über einer halben Million Euro an.
Eine neue Sporthalle ist wichtig und zu befürworten. Allerdings ist ein allgemeinverträgliches Refinanzierungskonzept einschließlich einer belastbaren Bedarfsanalyse nötig, eine Betrachtung, die weit vor Auftragsvergaben hätte erfolgen müssen. Ansonsten stehen wir wegen Geldmangels in Zukunft womöglich vor der Entscheidung, andere Projekte, wie z.B. die Woltersdorfer Straßenbahn oder Bau von Straßen zugunsten der Hallenfinanzierung zu streichen.
Der ehemalige Bürgermeister Höhne hat noch während seiner Amtszeit klar gesagt, dass man mit der neuen Mehrzweckhalle noch bis zum Jahr 2016 warten müsse, wegen der angespannten Finanzlage.
Wegen der Dringlichkeit der Situation schlagen wir unseren Volksvertretern folgende Vorgehensweise vor:
1. Die Politiker sollten sich dringend beim Kämmerer über die Inhalte und Bedeutung des Haushaltsplanes, vor allem seiner Einzelpositionen, informieren
2. Die Gemeindevertreter sollten unbedingt fachlichen Rat zum Bedarf und zur Finanzierung der neuen Mehrzweckhalle hinzuziehen
3. Die Politiker sollten den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen, dass die Mehrzweckhalle tatsächlich auf Kosten von Krediten für andere gemeindeeigene Projekte erkauft wurde.

Infobox: Was bedeutet Abschreibung und Afa?

Die Gemeinde ist wie z.B. GmbHs auch, verpflichtet, eine doppelte Buchführung, die sogenannten Doppik anzuwenden. Bei dieser spielt u.a. die Abschreibung als Kostenfaktor eine wesentliche Rolle. Abschreibungen beziffern nicht tatsächliche Geldausgaben, sondern Wertverluste der gemeindeeigenen Anlagegüter wie z.B. Gebäuden, Straßen und technischer Ausrüstung, die durch die Nutzung nach und nach an Wert verlieren und irgendwann einmal ersetzt werden müssen. Es gibt staatliche Vorgaben für die Abschreibungsdauer der unterschiedlichen Anlagentypen, die „Absetzung für Abnutzung“, kurz „AfA“, genannt wird. Diese Abschreibungszeiten werden aus Erfahrungswerten abgeleitet und sind in offiziellen Listen aufgeführt.
Neuanschaffung aus Eigenmitteln können von der Gemeinde nur dann aufgebracht werden, wenn sie Geldbeträge in Höhe der Abschreibungswerte als Reserve angespart hat. Genau dafür wurde das System Abschreibung entwickelt. Tut sie das nicht und hat die Gemeinde keine weiteren Barmittel, müssen anfallende Kosten über Kredite finanziert werden. Deren Bewilligung muss bei der Woltersdorfer Finanzlage zukünftig allerdings erheblich in Zweifel gezogen werden.
Sind Güter noch nicht vollständig abgeschrieben, weisen sie noch einen Restwert auf. Beispiel: ein Gebäude kostet 3 Mio. Euro und wird über 30 Jahre, also mit 100.000 Euro pro Jahr, linear abgeschrieben. Nach 10 Jahren, beträgt der Werteverlust 10 x 100.000 = 1 Mio. Euro. Der Restbuchwert: 3 Mio. ./. 1 Mio. = 2 Mio. Euro.

Kommunales Tohuwabohu

Finanzauschussvorsitzender Dr. Schultz (CDU) stimmt über den Haushalt nicht mit ab, WBF enthält sich

Von Dr. Bernd Brauer

Das Woltersdorfer Bürgerforum (WBF) bemüht sich, die Abstimmungsentscheidung gegen den Haushalt 2013 öffentlich zu erklären. Sie haben deshalb in einem Beitrag der letzten Ausgabe ihrer WBF-Zeitung (2/2013) zum Abstimmungsverhalten Stellung genommen.

In großer Breite wird die Bedeutung der Haushaltssatzung für unsere Gemeinde dargestellt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Aber dieser Beitrag liest sich so, als wenn die Gemeindevertreter des WBF nichts mit den finanziellen Belastungen der Gemeinde zu tun haben und das WBF gegenüber einer Mehrheit im Gemeinderat machtlos für einen ausgeglichenen Haushalt eingetreten ist. Der Schuldige für die fehlende „öffentliche fachliche Auseinandersetzung“ wurde natürlich auch sogleich benannt. So konnte das Bürgerforum aus „grundsätzlichen demokratischen Erwägungen“ dem Haushalt 2013 nicht zustimmen. Das ist sehr schwerwiegend, zeigt es doch, dass irgendetwas im demokratischen Gefüge der Gemeinde nicht stimmt.

Die eingenommene Position, dass der Haushalt in den Ausschüssen nicht genügend diskutiert wurde, nicht alle sachkundigen Einwohner gehört wurden, verfängt nicht. Hat nicht gerade das WBF das Amt der Vorsitzenden der Gemeindervertretung inne? Kann die Tagesordnung einer Gemeindevertretersitzung ohne ihre ausdrückliche Zustimmung erlassen werden? Dieses Amt hat weitreichende Kompetenzen. Hierzu die Kommunalverfassung: „***Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest.“***

Warum hat Frau Doernbrack als Vorsitzende der Gemeindevertretung nicht ihre Pflicht wahrgenommen, auf das offenbar bestehende Informations- und Diskussionsdefizit hinzuweisen und Maßnahmen getroffen, dies zu beseitigen? Dieses Amt ist doch gerade dafür geschaffen, den formal richtigen Ablauf bei der Entscheidungsfindung zu garantieren und „grundsätzliche demokratische Erwägungen“ einzubeziehen.

Warum hat der Hauptausschuss nicht seine Pflichten wahrgenommen und vorher eingegriffen?

Dazu die Kommunalverfassung: ***„Der Hauptausschuss hat die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme gegenüber der Gemeindevertretung abgeben.***

Im Hauptausschuss und in all den anderen Ausschüssen hätte man eingreifen können und müssen.

Die Spitze des kommunalen Tohuwabohu ist, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses, der gleichzeitig für die CDU den Sitz im Hauptausschuss innehat, bei der Verabschiedung des Haushaltes 2013 fehlte, sich also seiner politischen und fachlichen Verantwortung für den Haushalt 2013 entzog.

Wir sehen, die Einlassungen des Bürgerforums, die „gemischten Gefühle“ der Abgeordneten, signalisieren zwar, dass es ein erhebliches Problem in der Gemeindevertretung gibt, sie zeigen aber weder die Ursachen auf, noch tragen sie alternative Perspektiven vor. Ein Haushalt, der bei der Verabschiedung bereits mit Sperrvermerken versehen ist, zeigt, dass alles auf Kante genäht und weit ab ist von einer soliden Wirtschaftsführung. Wenn man sich dafür dann nachträglich gegenseitig den Schwarzen Peter zuschiebt, lenkt das von der eigentlichen Verantwortung ab, denn die Gemeindevertreter sind die Herren im Ring und können nicht auf der einen Seite für unkalkulierbare Investitionen stimmen und auf der anderen Seite die finanziellen Auswirkungen auf die Gemeindekasse unbeachtet lassen.

Allen Abgeordneten wäre dringend zu empfehlen, unverzüglich einem Nachtragshaushalt zu erarbeiten, der die bereits jetzt sichtbaren finanziellen Probleme beseitigt. Im Interesse der Gemeinde sollte dieser Nachtragshaushalt nicht vom Wunschdenken bestimmt werden, sondern sich an den harten Fakten der Realität orientieren.

Impressum

*Das Informationsblatt ist eine Initiative Woltersdorfer Bürger für einen freien Zugang zu Informationen. Denn es ist **unser Woltersdorf.***

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Askell Kutzke, Vogelsdorfer Straße 91, 15569 Woltersdorf.
Internetseite zur Initiative: www.unser-woltersdorf.de
Kontakt: info@unser-woltersdorf.de

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Wilfried von Aswegen, Dr. Bernd Brauer, Michael Hauke, Dirk Hemmerling, Henry Henschel, Askell Kutzke, Karl-Heinz Ponsel, Andreas Stolle, Hannelore Taubert, Monika Viktor.
Auflage: 4.000 Ex.
Das Informationsblatt ist zu 100 % aus Spenden finanziert und werbefrei. Für Spenden nutzen Sie bitte den Überweisungsträger auf Seite 16 (Rückseite).

Wie geht die EU mit unserem Trinkwasser um?

Von Karl-Heinz Ponsel

Die Europäische Kommission plant eine Gesetzesinitiative, mit der die Mitgliedsstatten der EU zwingend verpflichtet werden sollen, die kommunale Wasserversorgung an private Unternehmer zu verkaufen. Ein Weiterbetrieb durch Kreise, Städte oder Kommunen etc. als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wäre dann aufgrund der gesetzlichen Regelungen nicht mehr möglich – es bestünde ein Verkaufszwang!

In England wie auch in weiteren regionalen Bereichen wurde dies dem Vernehmen nach bereits teilweise durchgeführt, mit erheblichen Nachteilen wie drastisch sinkender Wasserqualität, steigenden Wasserpreisen und maroden Rohrleitungen aufgrund von Gewinnmaximierung und Investitionsstopp und ggf. auch Korruption. Gesundheitliche Beeinträchtigungen können nicht ausgeschlossen werden.

In weiteren Medienkampagnen versuchen Wasserbetriebe unser Trinkwasser schlecht zu reden, obwohl nachgewiesen werden konnte, dass unser Trinkwasser geringer mit Schadstoffen belastet ist, als mancher Sprudel aus der Flasche. Bei Reisen außerhalb der EU dürfte schon mancher die Qualität unseres Trinkwassers schätzen gelernt haben.

Nach diversen Medienberichten stecken hinter all diesen Machenschaften wohl Lobbyisten der international tätigen und ausschließlich gewinnorientierten Wasserkonzerne, die die EU-Parlamentarier in Brüssel intensiv „beraten“. Insofern wird unser Trinkwasser mehr und mehr den Geschäftsinteressen privater Konzerne unterworfen, die sich ausschließlich den Gewinnen der Aktionäre verpflichtet fühlen. Vergleiche zur sog. Bankenkrise in der EU drängen sich insofern förmlich auf.

Die daraufhin gestartete **Europäische Bürgerinitiative „right2water“** hat zwischenzeitlich ca. 1,2 Mio. Unterschriften gesammelt, um die beabsichtigte EU-Gesetzesinitiative zu verhindern. Um den Druck auch weiterhin aufrecht zu erhalten und ggf. noch erhöhen zu können, ist es notwendig, dass sich möglichst umgehend noch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an der Unterschriftenaktion im Internet beteiligen. Da es sich um eine politische Meinungsäußerung handelt, werden damit keine rechtlichen Verpflichtungen eingegangen.

Die Startseite in verschiedenen Sprachen ist im Internet unter: http://www.right2water.eu/ zu finden.

Europäische Bürgerinitiative:

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!

Gegenstand: Wir fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert.

Wichtigste Ziele: Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Wir stellen nachdrücklich folgende Forderungen:

1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.
2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen. Ende des Auszugs.

Hinweis**:** Am 27. Juli 2010 wurde der Zugang zu sauberem Trinkwasser von der Vollversammlung der UNO in die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (MRK) aufgenommen.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die weiterhin an bezahlbarem, sauberem Trinkwasser in der jetzt gewohnten Qualität interessiert sind, sollten sich an der Unterschriftenaktion beteiligen und in Ihrem Bekanntenkreis, bei Freunden und in Vereinen für eine Teilnahme werben.

Es wäre sicherlich auch sinnvoll, wenn sich Gemeinden und ihre Vertreter rechtzeitig und intensiv mit dieser Problematik befassen und die Initiative unterstützen würden. Eine Befassung der Gremien – wie allgemein üblich - erst nach Inkraftsetzung der beabsichtigen EU- Gesetzesinitiative ist definitiv zu spät.

Seniorenfest

2013

anlässlich der
20. Brandenburgischen Seniorenwoche

Liebe Woltersdorferinnen und Woltersdorfer,
der Woltersdorfer Seniorenbeirat lädt Sie herzlich ein

am Montag, 10.06.2013 um 15.00 Uhr
(Einlass ab 14.30 Uhr)
in den Speisesaal des Schulerweiterungsbaus
der Schule Vogelsdorfer Str.7.

Freuen Sie sich auf einen schönen Nachmittag
mit einem Unterhaltungsprogramm mit **Musik, Tanz**
und einer **Aufführung unserer Jüngsten** bei **Kaffee und Kuchen**.
Die Möglichkeit das Tanzbein zu schwingen besteht bis ca. 18.00 Uhr.
Sie werden außerdem die Gelegenheit haben, mit dem **Bürgermeister** und **Gemeindevertreter**n über das Leben der Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde zu sprechen.

Leider ist die Anzahl der Plätze begrenzt, wir bitten um **frühzeitige Anmeldung**!
Für die Auslagen erheben wir einen Unkostenbeitrag von 5,00 €.
Karten erhalten Sie ab 02.05.2013 im Büro des Bürgermeisters.
Hier können Sie sich auch telefonisch (03362 – 586911)
für diese Veranstaltung anmelden.

Mit freundlicher Unterstützung des **SSK** wird ein **Fahrdienst** organisiert.
Teilen Sie uns Ihren Bedarf dafür bitte schon bei der Anmeldung mit.

Wir freuen uns auf unser gemeinsames Seniorenfest,
der Woltersdorfer Seniorenbeirat

Wie Woltersdorf zur Straßenbahn kam

Von Monika Viktor

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen feierte Woltersdorf den 100. Geburtstag der Straßenbahn. Ein sehr ungewöhnliches Ereignis, weil Woltersdorf wohl die kleinste Gemeinde ist, in der noch eine Straßenbahn fährt. Wie kam es dazu, dass zwischen der Woltersdorfer Schleuse und Berlin Rahnsdorf vor 100 Jahren eine Straßenbahnlinie in Betrieb genommen wurde?

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Gegend um den Kalksee für den aufkommenden Tourismus interessant wurde und sich immer mehr Städter aus Berlin und Umgebung hier niederließen, war man auf der Suche nach einem angemessenen Verkehrsmittel. Die nächste Fahrgelegenheit bestand seit dem 23. Oktober 1842 vom Bahnhof Erkner. Von Woltersdorf aus war dieser nur über einen sehr langen Fußweg oder mittels Fuhrwerk zu erreichen. Außerhalb der Kälteperioden bot sich dazu noch der Wasserweg von Erkner nach Kalkberge an. So nahm 1876 die Dampfschifffahrtsgesellschaft Rüdersdorf den Betrieb von Erkner nach Kalkberge auf. Danach wurden weitere Personenschiffer tätig, so dass auch eine „Überfahrt“ vom Springeberg zur Schleuse möglich wurde.

Etwas besser erreichbar als Erkner war der am 15. November 1882 eröffnete Vorortbahnhof Neu- Rahnsdorf (seit 1. Oktober 1902 Wilhelmshagen). Der heutige Bahnhof Rahnsdorf wurde am 15. Mai 1879 eröffnet. Die Woltersdorfer wollten keine langen Fußwege mehr. So verwundert es nicht, dass eine eigene Bahnverbindung auch für Woltersdorf als Option ins Gespräch kam. Daraufhin versuchte sich die Gemeinde an verschiedene Projekte „anzuhängen“.

Den Boom diverser Bahnprojekte hatte der Erlass des Kleinbahngesetzes in Preußen, das den Bau von Nebenstrecken in vereinfachter Bausausführung und Betriebsführung bei gleichzeitiger Fördermöglichkeit erleichterte, begünstigt.

Der am 8. April 1904 gegründete „Grundbesitzerverein Schönblick e. V.“ engagierte sich für eine Aufwertung der Infrastruktur wie auch für das kulturelle Leben in der Siedlung.

So vermeldete die Deutsche Straßen- und Kleinbahnzeitung am 21. September 1905, dass Louis Siebe den Bau einer normalspurigen Kleinbahn zwischen Rahnsdorf und Kalkberge über Fichtenau mit Abzweig nach Woltersdorf plane. Für dieses Vorhaben erteilte der Minister der Öffentlichen Arbeiten am 19. August 1905 eine Baugenehmigung.

Siebe konferierte unter anderem mit den Siemens-Schuckertwerken zur Bauausführung einer Straßenbahn. Die hier verhandelten Konditionen fanden wiederum nicht das Gefallen der Gemeindevertretung, so dass sie Siebe im März 1909 mitteilte, seine Gespräche als nicht bindend zu betrachten.

Daraufhin wurden wieder Schönblicker Grundstückseigner aktiv. Louis Siebe war dabei und gab Geld, blieb nach außen aber im Hintergrund. Sie wählten nun den Weg, eine eigene Gesellschaft für Bau und Betrieb des gewünschten Verkehrsmittels ins Leben zu rufen. Am 24. Mai 1909 erfolgte so die Gründung der „Elektrischen Straßenbahn Rahnsdorf – Woltersdorf G.m.b.H.“. Den ausgegebenen Anteilsscheinen war ein Streckenplan beigegeben, der eine kurvenreiche Führung über Fichtenau – Grätzwalde – Schönblick zur Woltersdorfer Schleuse vorsah. Die Gemeindevertretung beschloss am 29. Juli 1909, diesem Projekt zuzustimmen und sich an dem Unternehmen zu beteiligen. Im Januar 1910 gestattete sie der Gesellschaft vorab die Benutzung der Schönebecker-, Vogelsdorfer-, Haupt- und Schleusenstraße sowie der Straße „An den Fuchsbergen“. Im August 1910 folgte ein Vertrag hierzu. Da der Hauptanteilszeichner der Straßenbahn-Gesellschaft, Louis Siebe, im Jahre 1911 in Konkurs ging (andere Quellen berichteten, er sei verstorben), fiel die Finanzierungsbasis weg. Die Gesellschaft löste sich daher mit Beschluss vom 7. August 1911 auf.

Zwischenzeitlich nahm 1910 ein Pferdeomnibus von Erkner zur Woltersdorfer Schleuse, eingerichtet vom „Verkehrsverband Erkner und Umgebung“, seinen Betrieb auf. Die Gemeinde Woltersdorf zahlte dafür einen monatlichen Zuschuss.

Im Juli 1911 veröffentlichte Heinrich Polte, ein Grundbesitzer aus Schönblick, eine Schrift, in der er eben die Straßenbahn propagierte, welche die aufgelöste Gesellschaft bauen wollte. Ein Geleitwort des Gemeindevorstehers Max Staab trug die Überschrift: **„Die elektrische Bahn ist eine Lebensfrage für Woltersdorf“**. Die Gemeindevertretung kam auf einer Sitzung am 17. Juli 1911 zu dem Schluss, dass die Entwicklung Woltersdorfs nicht vorankäme, wenn nicht die geplante elektrische Bahn nach Bahnhof Rahnsdorf verwirklicht wird. Immerhin soll sich eine am 19. August 1911 im Restaurant Seehof stattgefundene Protestversammlung zur Pro-Straßenbahn-Demonstration gewandelt haben. 172 Teilnehmer unterzeichneten eine Petition an die Gemeinde-Vertretung, das Jankesche Angebot anzunehmen und somit den Bahnbau zu ermöglichen. Voraus ging dem eine Versammlung am 9. August. Die Niederbarnimer Zeitung berichtete, dass zu der Versammlung nur Personen geladen waren, die dem von Herrn Heinrich Polte in Schönblick propagierten Bau der Bahn durch die Gemeinde und der direkten Linienführung nach Bahnhof Rahnsdorf zustimmten. Hier entstand die Idee der Zinsgarantien durch Woltersdorfer Grundbesitzer, um der Gemeinde das Risiko des Bahnbetriebes schmackhafter zu machen. Zum Ende der Versammlung wurde ein siebenköpfiges „Agitationskomitee“ gewählt. Am 20. August folgte eine Mitgliederversammlung des Grundbesitzer-Vereins Schönblick, der eine Resolution nach-

schob, welche die Gemeindevertretung aufforderte: „…die vorliegenden Projekte einer elektrischen Bahnverbindung mit Bahnhof Rahnsdorf einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und das für die Interessen der Gemeinde günstigste Projekt zur baldigen Durchführung zu bringen“. Eine abermalige Resolution verabschiedete der Grundbesitzer-Verein auf seiner Mitgliederversammlung am 9. September 1911, mit der Forderung, das Angebot des Rentiers Gustav Janke aus Berlin anzunehmen. Er erklärte sich bereit, 60.000 Mark beizusteuern.

Die Gemeindevertretung beschloss am 27. September 1911, in eigener Regie eine Bahn nach den Vorschlägen von Polte zu bauen. Durch Zeichnung von Verpflichtungsscheinen sollte von privater Seite ein Kapital von 250.000 Mark aufgebracht werden. Die Gemeinde selbst steuerte 100.000 Mark bei. Größter privater Anteilszeichner war der erwähnte Rentier Janke. Verschiedene Bürger und Grundstückseigner aus Woltersdorf zeichneten zu den Zinsgarantien. Teils taten sie dies anonym, da es auch Gegner des Bahnprojektes gab und befürchtet wurde, dass diese einen Boykott gegenüber zeichnenden Handwerkern und Geschäftsleuten ausüben. So machten die Betreiber der Schiffslinie gegen den Bahnbau mobil, da sie ihn als geschäftsschädigend ansahen.

Ein Straßenbahntriebwagen aus dem Gründungsjahr 1913.

Ein interessantes Detail am Rande: Janke traf am 31. August 1911, also kurz nach Auflösung der von Siebe gegründeten Gesellschaft (mit Siemens als Partner), eine Vereinbarung mit der Firma Orenstein & Koppel - Arthur Koppel AG über den Bahnbau in Woltersdorf. Um die Finanzierung zu den Jankeschen Konditionen zu sichern, musste die Gemeinde Woltersdorf in die Vereinbarung zwischen Janke und Orenstein & Koppel eintreten und durfte keine andere Firma beauftragen. Gleichzeitig stand damit die Linienführung fest: von drei in der „Propagandaschrift“ beschriebenen Linienführungen wurde auf Verlangen Jankes die kürzeste gewählt. So bewilligte am 9. August 1911 die Gemeindevertretung von Klein-Schönebeck einen Zuschuss von 100.000 Mark für eine Streckenführung über ihr Gebiet.

Letzten Endes war auch die Pro- und Contra-Stimmung für die verschiedenen Trassen in erster Linie von den Interessen der jeweiligen Grundstückseigner bestimmt. Eine Zeitung aus diesen Tagen fasste dies in süffisanter Form so zusammen:

„Diese Bahnfrage belichtete für den lachenden Zuschauer so manchen, der im Trüben fischen wollte. Einzelne Besitzer, die zuviel Land hatten, hielten es für äußerst gescheit, wenn die Bahn möglichst direkt durch ihr Land führte. Sie selbst hatten zwar keinen Vorteil davon in ihrer Uneigennützigkeit, aber die Bahn hätte weniger Haltestellen und rentierte sich besser.

Ein paar Andere wieder meinten, die Bahn müsse mehr Haltestellen haben und einen Umweg machen, um rentabler zu sein, und hatten ebenfalls höchst uneigennützig aber in weiser Voraussicht an diesem Umweg Land erworben, bloß um die Bahn rentabler zu machen“.

Den Streit um diese Varianten führten die Woltersdorfer – vor allem aber die oben angesprochenen Bodenspekulanten – auf das heftigste; beigelegt wurde er schließlich durch das Machtwort des potentesten Finanziers. Anstatt es dann dabei bewenden zu lassen, ließ es sich Heinrich Polte nicht nehmen, in der von ihm herausgegebenen „Dorf-Laterne“ einen Befürworter der Alternativrouten namentlich lächerlich zu machen und zu resümieren: „Unsere elektrische Straßenbahn hat von unserer Gemarkungsgrenze aus ohne Berührung eines fremden Gemeinde-Gebiets in gerader Linie von Bahnhof Rahnsdorf zu führen“.

Die Garantiesumme wurde im Herbst 1911 von den Einwohnern in voller Höhe aufgebracht. Damit konnte der Gemeindevorsteher am 5. November 1911 beim Regierungspräsidenten in Potsdam den Antrag zum Bau und Betrieb der Straßenbahn stellen. Die Gemeinde beschloss außerdem, für den geplanten Bau den mittleren Teil der Fichtenauer Straße von 16 auf 18 Meter zu verbreitern.

Die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen durch die Gemeinde erfolgte im März 1912. Der Minister der öffentlichen Arbeiten genehmigte am 21. Februar 1912 den geplanten Betrieb als Kleinbahn. Hierauf erteilte am 20. März 1912 der Regierungspräsident die Genehmigung zum Bau und Betrieb „einer normalspurigen elektrischen Straßenbahn vom Bahnhof Rahnsdorf nach Woltersdorfer-Schleuse“ auf der Grundlage des Kleinbahngesetzes von 1892. Fertigzustellen war die Bahn innerhalb von zwei Jahren nach Erteilen der Genehmigung.

…neugierig geworden? Liebe Leser, dieser Beitrag ist nur ein kleiner Auszug aus dem im Mai 2013 beim Neddermeyer Verlag (Autor Ivo Köhler) erschienenen Buch „100 Jahre Woltersdorfer Straßenbahn“. Wer großes Interesse an vielen kleinen Details hat, dem kann ich das Buch sehr empfehlen. Wer lieber kurze Texte liest, kann auf die nächste Ausgabe des Infoblattes gespannt sein. Darin geht es dann um den Bau der Straßenbahn.

Die Autorin ist Geschäftsführerin der Woltersdorfer Straßenbahn GmbH.

Der Unterschied zwischen den Parteien und „UNSER WOLTERSDORF“

Ohne die unglaubliche Unterstützung der Woltersdorfer gäbe es das „Informationsblatt“ nicht

Von Michael Hauke

Im Grundgesetz, Artikel 21 (1) heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Dafür erhalten Sie Geld, viel Geld. Neben den Parteispenden beteiligt sich jeder Steuerzahler an der Finanzierung der politischen Parteien in Deutschland. In der Gemeindevertretung von Woltersdorf sitzen die etablierten Parteien CDU, SPD, FDP, Linke und bis vor kurzem die Grünen. Sie bekommen vom Steuerzahler ausreichend finanzielle Mittel, aber wirken sie an der „politischen Willensbildung“ in Woltersdorf mit?

Außer einer Internetseite ist da bei allen Woltersdorfer Parteiortsverbänden nichts.

Die Parteien melden sich erst dann wieder bei den Wählern, wenn sie wiedergewählt werden wollen, egal ob bei Wahlen zum Bundestag, Landtag – oder eben zur Gemeindevertretung. Wann wurden Sie das letzte Mal von den o.g. Parteien oder gar von Ihrem gewählten Gemeindevertreter über ihre jeweilige Arbeit für Woltersdorf informiert?

Nur das Woltersdorfer Bürgerforum informiert ab und zu mit seiner vierseitigen WBF-Zeitung über seine Arbeit. Allerdings auch erst, nachdem unser erstes Informationsblatt erschienen ist. Die Verteilung wird merkwürdigerweise gemeinsam mit dem gemeindeeigenen Mitteilungsblatt organisiert.

Die Initiative UNSER WOLTERSDORF bekommt nichts aus dem Steuersäckel, gibt dafür aber regelmäßig das „Informationsblatt“ heraus, das die Woltersdorfer über die aktuellen Geschehnisse im Ort informiert und die aus privater Initiative dem Bürgermeister die Möglichkeit gibt, sich an die Woltersdorfer zu wenden und sie über die aktuellen Vorgänge und Entscheidungen im Ort zu informieren, was ihm von der „Anti-Bürgermeister-Koalition“ aus CDU-SPD-WBF verwehrt wird.

Getragen wird die Initiative UNSER WOLTERSDORF allein von den Bürgern der Gemeinde, die sich inhaltlich einbringen und die das Projekt des Informationsblattes finanziell unterstützen. Ohne die vielen Spenden der letzten Monate wäre das Informationsblatt längst nicht mehr erschienen.

Wir danken allen Spendern sehr, sehr herzlich! Wir freuen uns über jede einzelne Spende. Das ist eine unglaubliche moralische Unterstützung und stärkt uns ungemein! Aber das wichtigste: Es sichert das Erscheinen der jeweils kommenden Ausgabe. Das nächste Informationsblatt erscheint im August, nach den Sommerferien. Die Kosten für den Druck einer Ausgabe betragen 780 Euro. Wir machen also weiter! Sie auch?

Wenn Sie etwas für das Informationsblatt beitragen möchten, können Sie den untenstehenden Überweisungsträger bei Ihrer Bank abgeben oder online überweisen. Auch über Einträge in unserem Gästebuch auf www.unser-woltersdorf.de freuen wir uns sehr.

Beleg für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers:

Empfänger:
Askell Kutze
Unser Woltersdorf

Konto-Nr. des Empfängers:
2172745019 (BLZ 100 900 00)
Berliner Volksbank

Verwendungszweck: Betrag:

Auftraggeber/Einzahler:

Datum:

(Quittung des Kreditinstituts bei Bareinzahlung)

Überweisungsauftrag/Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstitutes) (Bankleitzahl)

Überweisungsträger bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen!

Empfänger: Name, Vorname / Firma (max. 27 Stellen)
Askell Kutzke - Unser Woltersdorf

Konto-Nr. des Empfängers: 2172745019
Bankleitzahl: 10090000

bei (Kreditinstitut)
Berliner Volksbank

EURO: EUR
Betrag

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers - (nur für Empfänger)
Spende für Informationsblatt

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)
Unser Woltersdorf

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Datum Unterschrift